

Donnerstag der 14. September zum Frühjournal begrüßt sie Christina Kräuens.

Guten Morgen. Einige der Themen.

Lampedusa ruft den Notstand aus. In Libyen steigt die Zahl der Opfer nach den schweren Unwettern weiter an.

Und der Entwurf zum Informationsfreiheitsgesetz sorgt für Irritationen.

Zunächst aber zu den Wettaussichten mit Daniel Schlager.

Nach dem turbulenten Wetterumschwung gestern geht es auch heute unbeständig weiter.

Mit vielen Wolken, einigen Regenschauern und erst am Nachmittag auch größeren Sonnenfenstern. Der Schwerpunkt der Schauer liegt aktuell noch entlang der Nordalpen, so wie zwischen Linz und dem Machfeld.

Tagsüber verlagert er sich dann immer mehr ins Bergland und den Süden und hier sind dann auch einzelne Gewitter möglich.

Gleichzeitig beginnen die Wolken von Norden her aufzulockern.

Für ein paar Sonnenstunden reicht es am Nachmittagfall, im Falle von Oberösterreich bis ins Burgenland.

Die Temperaturen bleiben im Vergleich zu den letzten Tagen aber überall gedämpft erreichen 17 bis 24 in 2000 Meter Höhe um 9 Grad.

Aktuell in den Landeshauptstädten reicht einheitlich 16 bis 19 Grad und in Wien leichter Regen.

Eisenstadt meldet bewölkt Wetter, St. Pölten Regen, Linz ein paar Regentropfen, in Salzburg ist es bewölkt,

in Innsbruck regnet es leicht, Bregenz ist bewölkt, Graz größtenteils bewölkt und in Klagenfurt auch ein paar Regentropfen.

Morgenfreitag dann zunächst heils Sonne, heils Nebel oder bewölkt.

Tagsüber im Großteil Österreichs zumindest zeitweise Sonne, im Bergland aber auch Quellwolken und von Vorarlberg bis Kärnten einzelne Schauer.

Die Versizilien liegende Insel Lampedusa ruft den Notstand aus, das hat ein Sondergemeinderat gestern beschlossen.

In den letzten Tagen kamen mehr Flüchtlinge und Migranten denn je zuvor, der Hotspot ist heillos überfüllt und nicht nur der berichtet Cornelia Vospanik aus Italien.

Die Anlegestelle wird zum Notquartier, mit Gewalt halten Beamte der Finanzwacheankommende, die endlich von der Mole von Lampedusa wegkommen wollen, gestern zurück.

Im Hotspot gibt es längst keinen Platz mehr.

Mehr als 100 Schiffe an nur einem Tag sind angekommen, 5000 Menschen, so viele sah man nie zuvor.

Bürgermeister Filippo Manino fordert mehr Schiffe, Notmaßnahmen, die gleichzeitig strukturelle sein sollen.

Chiediamo provvedimenti che siano strutturali e urgenti ne lo stesso tempo.

Sein Gemeinderat beschließt gestern den Notstand, andere fordern die Insel soll in den Generalstreik treten, denn es gehe nicht mehr.

In diesem Jahr sind bis hier 124.000 Menschen in Italien angekommen, fast doppelt so viele wie im letzten Jahr.

Heuer könnte es mehr Ankünfte geben, als im bisherigen Rekordjahr 2015.

In Libyen schwindet nach den furchtbaren Überschwemmungen die Hoffnung auf Überlebende.

In der von der Flutkatastrophe am schlimmsten betroffenen Stadtdärmer geht der Bürgermeister

davon aus,

dass sich die Zahl der Todesopfer auf bis zu 20.000 erhöhen könnte, so seine Neve klar berichtet. Das Ausmaß der Unwetterkatastrophe in Libyen wird erst langsam klar.

Der Bürgermeister, der am stärksten betroffenen Küstenstadtdärmer, erwartet inzwischen bis zu 20.000 Todesopfer.

30.000 Menschen sind obdachlos geworden und der Hilfseinsatz ist besonders schwierig, denn es trifft ein Land im Bürgerkrieg mit zwei verfeindeten Regierungen und zahlreichen Konfliktparteien.

Der UNO-Menschenrechtskommissar Volker Türk hat gestern alle politischen Akteure in Libyen dringend dazu aufgerufen,

ihre Spaltung zu überwinden, um gemeinsam zu handeln und den Zugang für Hilfe in Libyen zu ermöglichen.

Es sei Zeit für Einheit im gemeinsamen Ziel, allen Betroffenen Hilfe zu ermöglichen, egal welcher Seite sie angehören, so der UNO-Menschenrechtskommissar.

Die Europäische Zentralbank entscheidet heute wieder über die Zinsen und dieses Mal herrscht besonders großes Rätselraten.

Wird sie die Zinsen noch einmal anheben oder liegt sie eine Pause ein? Nadja Hahn berichtet.

Neunmal in Folge hat die EZB die Zinsen schon angehoben wegen der hohen Inflation. Tut sie es heute noch ein zehntes Mal?

Der Leitzins liegt derzeit bei 4,25 Prozent. Die EZB steht vor einer schwierigen Entscheidung, denn die Inflation bleibt ja hoch,

im Eurozonen-Schnitt liegt sie noch über fünf Prozent. Höhere Zinsen dämpfen die Inflation.

Aber gleichzeitig schwächt die Wirtschaft und da sind höhere Zinsen Gift, weil Kredite teurer werden und weniger investiert wird.

Das würde die Konjunktursorgen noch zusätzlich verstärken. Es gibt heute also drei Optionen. Die Zinsen steigen weiter.

Oder die Europäische Notenbank legt eine kurze Pause ein.

Oder sie signalisiert, dass die Zinsen jetzt erst einmal länger auf diesem hohen Niveau bleiben. Die Entscheidung kommt am frühen Nachmittag.

Ein Entwurf des schon lange versprochenen Informationsfreiheitsgesetzes sorgt seit gestern für Werbel.

Der Ring ist vorgesehen, dass nur Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern von sich aus relevante Informationen veröffentlichen müssen.

Kleinere Gemeinden wären damit von dieser aktiven Veröffentlichungspflicht ausgenommen.

Die 10.000 Einwohnergrenze kommt aber nicht bei allen Bürgermeistern gut an, Victoria Waldecker informiert.

Zwettel in Niederösterreich hat 10.702 Einwohner. Die Veröffentlichungspflicht würde für die Gemeinde also in jedem Fall gelten.

Bürgermeister Franz Mold von der ÖVP fände es aber dennoch gut, wenn kleinere Gemeinden davon ausgenommen wären.

Weil die kleinere Gemeinden, die eben keine gegliederte Verwaltung haben und keine Inviristen haben, sonst wirklich da vor fast unlösbaren Aufgabenstellungen stehen würden.

Widerspruch kommt aus dem Westen. Der Bürgermeister von St. Johannin Tirol, Stefan Seywald, ebenfalls ÖVP findet die Differenzierung nicht gut.

Dabei würde seine Gemeinde mit 9.885 Einwohnern um die Veröffentlichungspflicht herumkommen. Was macht es dann für einen Sinn, wenn Städte und Gemeinden unter 10.000 das nicht tun müssen und die anderen schon gescheitert oder gar nicht?

Zahlreiche Bürgermeister lehnen das Informationsfreiheitsgesetz auch generell ab.

Umso wichtiger wären klare Vorgaben des Bundes und wenige Ausnahmensagen-Experten.

Netzausbau ist das geflügelte Wort, wenn es um die heimische Stromversorgung geht.

Österreich hängt hinterher. Der Bau der sogenannten Südlink in Deutschland könnte aber auch uns etwas bringen.

Und zwar niedrigere Preise. Paul Sihorsch berichtet.

Mehr Vernetzung bringt mehr Sicherheit bei der Stromversorgung.

Das gilt auch für die deutsche Südlink, die Stromautobahn vom Norden herunter.

Sie soll 2028 fertig werden, bis der Hinbau der Österreich 2 zubringen,

damit wir den günstigen Windstrom aus dem Norden ebenfalls nutzen können.

Durch die Anbindung könnten die Preise bei uns fallen, sagt E-Control-Chef Alfons Haber.

Es kann auch hier zu Überschüsten kommen im Süden von Deutschland,

der dann also sich Insefen auf die Preise auswirkt, dass die Preise sinken.

Es gibt dann auch weniger Stromstause im europäischen Netz.

Auch das spart Geld. Ein überschüssiger Strom kommt leichter in Gebiete, wo Strom gebraucht wird.

In einem System mit einem hohen Erneuerbaren-Energieanteil besonders wichtig.

Wie hoch die Ersparnis pro Haushalt durch die Südlink sein wird,

könne man laut dem Netzbetreiber APG noch nicht abschätzen.

Es hänge davon ab, was bis 2028 am Erneuerbaren-Sektor und im Netz noch alles passiert oder eben nicht passiert.

Und wir bleiben noch in Deutschland. Dort wird heute ein Probealarm geübt.

Seit einigen Jahren werden die Warnsysteme auf ihre Effizienz geprüft von den Sirenen bis zu den Händen.

Wie notwendig dieser Warntag ist, hat sich vor gut zwei Jahren gezeigt.

Bei der Hochwasserkatastrophe im Ahrtal hat der Alarm nur unzureichend funktioniert.

Andreas Joly berichtet.

In Deutschland geht es am Vormittag laut her.

Gegen 11 Uhr wird der Probealarm ausgelöst.

Etwa 38.000 Sirenenhallen auf, ein auf- und abschwillender Ton signalisiert Gefahr.

Warnungen kommen über Radio- und Fernsehsender, über digitale Anzeigetafeln oder das Handy per App oder den Mobilfunkdienst Cell Broadcast.

Das funktioniert aber nur bei neueren Handys. Ralf Thiesler vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

Wir werden unser Warnsystem testen, ihm einen Stresstest unterziehen und gleichzeitig wollen wir die Menschen sensibilisieren

für das Thema Warnung, damit sie auch wissen, was sie tun müssen, wenn die Sirenen heulen.

Konkret heißt, dass Radio einschalten und auf allfällige Durchsagen warten, nicht im Freien bleiben, in Wohnungen und Häusern, Fenster und Türen verschließen sowie die Klimaanlage ausschalten.

Beim ersten bundesweiten Warntag in Deutschland vor drei Jahren ist einiges schief gelaufen.

Mittlerweile funktioniert der Probealarm deutlich besser.

Mehr als 5000 Planeten außerhalb unseres Sonnensystems hat die Wissenschaft mittlerweile entdeckt.

Leben wurde bisher auf keinem davon nachgewiesen.

Doch nun sorgt ein neu entdeckter Planet für einige Aufregung, denn die Zusammensetzung seiner Atmosphäre

weist auf äußerst lebensfreundliche Bedingungen hin. Möglicherweise wurden dort sogar Spuren einfacher Lebewesen entdeckt.

Robert Cepple informiert.

Der 120-Lichtjahre entfernte Exoplanet ist deutlich größer und etwa achtmal so schwer wie die Erde.

Wirklich aufregend ist allerdings der chemische Fingerabdruck seiner Atmosphäre, denn dort gibt es offenbar CO₂ und Methan

und auf der Oberfläche flüssiges Wasser in Form von Ozeanen.

Also sind viele Bedingungen gegeben, die auch Leben ermöglichen würden.

Studienautor Nico Madousoudan von der Uni Cambridge hat auch Hinweise auf eine Schwefelverbindung entdeckt,

die man bereits von der Erde kennt. Ein fast schon schockierender Befund, sagte er.

Denn diese Verbindung wird auf der Erde ausschließlich von Plankton im Meer hergestellt.

Sollten sich diese Messungen bestätigen, dann hieße das.

Auch der Exoplanet im Sternbild Löwe könnte von einfachen Lebewesen besiedelt sein.

Nun heißt es also warten. Bis zu einer endgültigen Antwort würde es etwa ein Jahr dauern.

Berichtet Robert Cepple. Das war das Frühjournal mit Christina Kreuz. Es ist in Kürze sechs Uhr zehn.

Der ORF ermöglicht folgenden Hinweis kostenlos.

Es geht um die Rechte der Kinder. Weltweit.

Alle Kinder haben Recht auf ein sicheres Zuhause. Gute Bildung und Schutz vor Ausbeutung.

Hilf mit einer Schutzpartenschaft. Auf Kindernothilfe.at